

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 27

Köln, den 1. Juli 1932

33. Jahrg.

*Ausgabe A.*

## Um die Reparationslösung.

Erfreulicherweise gibt es immer noch einige Tatsachen, die vom ganzen deutschen Volke als wichtig und richtig empfunden werden. In erster Linie gilt das von der Beurteilung der Reparationsfrage, deren schnelle und endliche Lösung trotz aller Zerrissenheit im Innern gefordert und als Lebensfrage der Nation betrachtet wird. Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt darum die deutsche Öffentlichkeit die Verhandlungen, die in Lausanne seit etwa Mitte Juni gepflogen werden und erwartet, daß das Ergebnis dieser Verhandlungen den deutschen Forderungen Rechnung trägt, das heißt, die Tributverpflichtungen Deutschlands endgültig beseitigt werden. Die Folgen des Versailler Friedens mit seinen ungeheuerlichen Zahlungsverpflichtungen Deutschlands haben zu einer beispiellosen Zerrüttung der Wirtschaft geführt und in Deutschland selbst einen solchen Grad der Verarmung und Verelendung erzeugt, daß sie sich zu einem riesigen Gefahrenherd für alle Völker und Nationen entwickelt haben. Soll die Welt zur Ruhe kommen, dann müssen unbedingt und sofort Maßnahmen ergriffen werden, oder die wirtschaftliche und politische Katastrophe tritt mit Sicherheit in kürzester Zeit ein.

Zweifellos haben die geistigen Väter der Pakte von Versailles und der Zahlungspläne die politische Wirkung und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands falsch eingeschätzt. Eine Sicherung des Friedens ist in keiner Weise gelungen. Statt dessen haben sich Argwohn und Mißtrauen zwischen den Völkern eingestellt und zu immer schärferen Abschließungen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, geführt. Nicht nur gegen Deutschland waren die unfreundlichen und wirtschaftsfeindlichen Maßnahmen der Wirtschaftsvölker gerichtet, auch zwischen den früher verbündeten Staaten herrscht seit langem wirtschaftlicher Kriegszustand. Die gewaltige Last der Kriegsschulden, die alle am Krieg beteiligten Länder bedrückt, erweist sich immer mehr als die Ursache dieser Spannungen und wird jeden Fortschritt in den weltwirtschaftlichen Beziehungen auf Jahrzehnte hinaus hemmen, wenn bessere Einsicht nicht diese Hemmungen beseitigt. Die Verpflichtungen unserer Kriegsgegner untereinander werden in

einer Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes, die im Jahre 1930 beim Verlag Hobbing-Berlin erschienen ist, nach den geltenden Schuldenregelungen, die bis zum Jahre 1985 bzw. 1988 laufen, wie folgt angegeben. (in Millionen Reichsmark):

	Gesamtsumme der Schulden				
	an die Vereinigt. Staaten	an Großbritannien	an Frankreich	an Italien	Zinsgesamt
Frankreich	28 227,2	15 761,2	—	—	43 982,5
Brit. Reich	41 899,4	—	—	443,3	42 342,7
Italien	10 023,3	5 275,9	—	—	15 299,1
Belgien	2 973,7	—	—	—	2 973,7
Rumänien	508,4	628,2	548,1	—	1 684,6
Serbien	396,2	645,6	167,2	—	1 209,0
Griechenland	82,0	466,8	13,5	—	562,3
Portugal	—	464,8	—	—	464,8
	84 104,2	23 242,4	728,8	443,3	108 518,7

Inzwischen sind zwar Erleichterungen eingetreten, jedoch nicht bei der eigentlichen Schuldsomme, sondern nur bei den Zinsen. Trotzdem bleibt ein ganz erheblicher Zinsen- und Tilgungsdienst. Die Vereinigten Staaten erhielten als Hauptgläubigerland bis zum 30. Juni 1931 an Tilgung und Zinsen von

Großbritannien	1351,7 Mill. Doll.
Frankreich	200,0 " "
Belgien	31,6 " "
Italien	39,6 " "
Jugoslawien, Rumänien, Griechenland	4,1 Mill. Doll.

Sämtliche beteiligten Länder haben einsehen müssen, daß die Deutschland auferlegten Reparationen ein schlechtes Geschäft sind. Frankreich, der erste und größte Nutznießer der deutschen Tributzahlungen, hat sich allerdings am längsten und heftigsten gegen jede wirtschaftliche Einsicht geäußert. Die „Heiligkeit“ der Verträge wurde bei jeder Ministerrede betont und Frankreichs Anspruch auf deutsche Tribute bei jeder Gelegenheit feierlich verkündet. Andere Länder bewiesen durch ihr Verhalten früher schon, daß sie die Unhaltbarkeit der Reparationsforderungen an Deutschland vorwiegend aus wirtschaftlichen Erwägungen eingesehen hatten.

Die im wesentlichen durch die Reparationen verschärfte Weltwirtschaftskrise hat Verluste phantastischen Ausmaßes gezeitigt. Nach einer englischen Schätzung hat die Eintreibung der Reparationen etwa

34 Milliarden Verluste verursacht. Führende Politiker und Wirtschaftler der ganzen Welt, neuerdings selbst französische, haben den wirtschaftlichen Wahnsinn der Reparationen anerkannt. Besondere Bedeutung kommt den Berichten internationaler Untersuchungs-



# Neue Unterstützungsjähe der Arbeitslosenversicherung.

Die auf Grund der Notverordnung vom 16. Juni in einer Zusatzverordnung neu geregelte Unterstützungstabelle sieht so aus:

Die Unterstützung beträgt wöchentlich:

in der Lohn- klasse	in Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A							in den Ortsklassen B bis E																				
								mit mehr als 10 000 Einwohnern							mit 10 000 Einwohnern u. weniger													
	ohne	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6 oder mehr	ohne	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6 oder mehr	ohne	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6 oder mehr							
	Zuschlagsberechtigten Angehörigen																											
	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh	Rh							
I	5,10	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	5,10	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	4,50	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70							
II	6,00	7,50	9,00	10,50	10,50	10,50	10,50	6,00	7,50	9,00	10,50	10,50	10,50	10,50	4,50	5,70	6,90	8,10	8,10	8,10	8,10							
III	7,20	9,00	10,80	12,60	12,60	12,60	12,60	6,00	7,50	9,00	10,50	10,50	10,50	10,50	5,10	6,60	8,10	9,60	9,60	9,60	9,60							
IV	8,40	10,20	12,00	13,80	15,60	15,60	15,60	7,20	9,00	10,80	12,60	14,40	14,40	14,40	6,00	7,50	9,00	10,50	12,00	12,00	12,00	12,00						
V						17,40	17,40						16,20	16,20							13,50	13,50						
VI						17,40	19,20						16,20	18,00							13,50	15,00						
VII	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30	8,40	10,20	12,00	13,80	15,60	17,40	19,20	7,20	9,00	10,80	12,60	14,40	16,20	18,00							
VIII																						11,70	14,40	17,10	19,80	22,50	25,20	27,90
IX	8,40	10,20	12,00	13,80	15,60	17,40	19,20	8,40	10,20	12,00	13,80	15,60	17,40	19,20														
X	8,40	10,20	12,00	13,80	15,60	17,40	19,20	8,40	10,20	12,00	13,80	15,60	17,40	19,20														
XI																												

ausschüsse zu. Der Lupton-Ausschuß und der Gläubigerausschuß zum deutschen Kreditabkommen 1932 haben die Notlage Deutschlands bestätigt und als die Ursache der Zerrüttung der Weltwirtschaft die Reparationen bezeichnet. Man sollte annehmen, daß endlich der Zeitpunkt gekommen sei, die Aufhebung der Reparationen auszusprechen und damit die Wende der Weltwirtschaftskrise einzuleiten.

Die Konferenz der Mächte in Lausanne ist eine politische Konferenz. Es war das Verhängnis des Reparationsproblems, daß dieses Problem bisher immer und vorwiegend von politischen Gesichtspunkten aus gesehen und behandelt wurde. Wiederholte Versuche, nach der allein richtigen, nämlich der wirtschaftlichen Methode zu verfahren, haben zwar stattgefunden, doch immer gaben schließlich die politischen Einflüsse den Ausschlag. Die Lausanner Konferenz läuft Gefahr, in dieselbe Sackgasse zu geraten. In die dort laufenden Beratungen spielen die hochpolitischen Fragen der Abrüstung und Sicherheiten stark hinein. Die bis jetzt vorliegenden Meldungen, die die Generalvereinbarung der Reparationsfrage als Endziel bezeichnen und bis dahin ein vollständiges Moratorium, also einen Generalzahlungsausschub, verkünden, sind vorläufig noch mit gesundem Mißtrauen zu betrachten. Sie bedeuten die Endlösung noch nicht. Die Möglichkeit politischer Komplikationen liegt auf Grund der Haltung der politischen Vertreter Frankreichs sowie der wohl absichtlich unklaren Erklärungen anderer großer Länder sehr nahe. Schon ist die Forderung nach einer Restzahlung — man spricht von 8 Milliarden —, und es sind die Fragen Saargebiet und Ostgrenze aufgetaucht. Das alles mahnt zur größten Vorsicht.

Es wird der ganzen Kraft der deutschen Unterhändler bedürfen, Deutschlands Willen und Ziel durchzusetzen. Die „Kölnische Zeitung“ spricht am 17. Juni den Satz aus: „Für uns ist tragisch zu nennen, daß auf deutscher Seite der Mann fehlt, der sich mit seiner ganzen Persönlichkeit, mit taktischem Geschick und weltpolitischer Klugheit eingesetzt hätte, um die Hinderniswand von einer endgültigen Reparationslösung zu durchbrechen.“ Andere Blätter, so die „Frankfurter Zeitung“, weisen auf den verblüffenden Abstand der Formulierungen v. Papens gegenüber den früheren Forderungen derjenigen Gruppen hin, die das Kabinett Papen tolerieren. Aus all dem klingt nicht gerade große Zuversicht in den Ausgang der Lausanner Beratungen. Es wäre im Interesse unseres Volkes aber höchst bedauerlich, wenn durch den Kabinettswechsel die uns auf den Nägeln brennende Frage der Reparationen eine Verzögerung erfahren würde oder nicht die Lösung fände, für die das deutsche Volk, insbesondere aber die Arbeiterschaft, in den letzten zwei Jahren die größten Opfer gebracht hat. Die Lösung muß kommen, und jede Regierung, die die Kraft nicht aufbringt, sie herbeizuführen oder in eine Lösung der Frage einwilligt, die die berechtigten Forderungen des deutschen Volkes unerfüllt ließe, wird nicht bestehen können.

## Auswirkung der Beschäftigtensteuer

Die bisherige Krisenlohnsteuer wird von dem Arbeitslohn, der nach dem 30. Juni gewährt wird, nicht mehr erhoben. Sie wird durch die Beschäftigtensteuer oder, wie die Verordnung der neuen Reichsregierung es euphemistisch ausdrückt, durch eine „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“ ersetzt. Praktisch hört also die alte Krisenlohnsteuer am 1. Juli zu existieren auf. Die an ihre Stelle tretende neue Abgabe umfaßt, worauf wir schon hingewiesen haben, den gleichen Personenkreis, der der Krisensteuer unterworfen war, und darüber hinaus die Beamten und Angestellten, mit dem Unterschied jedoch, daß diese letzteren einheitlich mit 1½ v. H. ihres Entgelts herangezogen werden, während die bisherigen Krisenlohnsteuerpflichtigen einer gestaffelten Abgabe unterliegen. Dabei sind die alten Krisensteuerjähre und die zusätzliche Beschäftigtensteuer zusammengezogen. Die Ankündigung, daß die alte Säge um einheitlich 1½ Prozent erhöht würden, trifft zwar im großen und ganzen zu, aber doch nicht vollständig, wie die nachstehende Gegenüberstellung der Tarife zeigt.

bisherige Krisenlohnsteuer	künftige Beschäftigtenabgabe
monatlich:	monatlich:
bis 300 RM . . . . . 1 %	bis 125 RM . . . . . 1,5 %
darüber bis 400 RM . . . 1,5%	125 bis 300 RM . . . . . 2,5 %
„ „ 500 RM . . . . . 2 %	300 bis 700 RM
„ „ 600 RM . . . . . 2,5%	für die ersten 300 RM . . . 2,5 %
„ „ 700 RM . . . . . 3 %	für den Rest . . . . . 5,75%
„ „ 1000 RM . . . . . 3,5%	700 bis 3000 RM . . . . . 5,75%
„ „ 1500 RM . . . . . 4 %	über 3000 RM . . . . . 6,5 %
„ „ 3000 RM . . . . . 4,5%	
„ über 3000 RM . . . . . 5 %	

Unklar ist, ob die untere Steuerstaffel von 1,5% für die Einkommen bis zu 125 RM ohne Einschränkung gilt. Die Krisensteuerverordnung setzte volle Befreiung fest für „Personen, bei denen ein Steuerabzug vom Arbeitslohn ganz zu unterbleiben hat“. Da die jetzt vorliegende neue Verordnung nichts sagt, so steht zu befürchten, daß auch diese kleinsten Einkommen von der Abgabe getroffen werden sollen. Stellt man die vorstehenden Steuerstaffeln einander gegenüber, so ergeben sich, worauf schon aufmerksam gemacht worden ist, hinsichtlich der Zusatzleistung von 1½% gewisse Abweichungen nach oben und unten. Es zeigen das nachstehende

Beispiele.

1. Monatseinkommen 400 RM:	
Bisher: 1,5% . . . . .	= 6,— RM
Künftig: 3×2,50 und 1×5,75 . . . . .	= 13,25 RM
Statt: 4×3 . . . . .	= 12,— RM

Der Zuschlag beträgt 1,81%

2. **Monatseinkommen 700 RM:**

Bisher: $7 \times 3$	= 21,— RM
Künftig: $3 \times 2,50$ und $4 \times 5,75$	= 30,50 RM
Statt: $7 \times 4,50$	= 31,50 RM

Der Zuschlag beträgt 1,36%

Bei Monatseinkommen von 1000 RM beträgt der Steuermehrbetrag 2,25%, bei 1800 RM nur noch 1,25%. Aus den wenigen Beispielen ist ersichtlich, daß unsere Bemerkung, der Charakter der veränderten Krisenlohnsteuer als Klassensteuer sei in der Beschäftigtensteuer nicht beseitigt, sondern betont, zutrifft. Die Belastungskurve für die Lohnempfänger und kleinen Gehälter weist eine weit schärfere Heranziehung dieser als der anderen Steuerpflichtigen auf und kann, gerade auch mit Rücksicht auf die schonende Behandlung der veranlagten Einkommensteuerpflichtigen, keinen Anspruch darauf erheben, sozial gerecht zu wirken.

Die Krisensteuer der Veranlagten bleibt in der bisherigen Weise bestehen, mit der Maßgabe jedoch, daß zum Ausgleich der Mehrbelastung der Lohn- und Gehaltsempfänger eine weitere Rate in halber Höhe der auf Grund der Einkommensteuerfestsetzung 1931 festzusetzenden Krisensteuer zu entrichten ist, die am 10. Januar 1933 fällig wird, aber soweit bei der Einkommensteuerfestsetzung 1931 sich ein Rückerstattungsanspruch ergibt, bereits einen Monat nach Zustellung des Festsetzungsbescheids zu begleichen ist.

Für einmalige Einnahmen im Sinne des Paragraphen 73 EStG (Gratifikationen, Tantiemen) sah die Krisensteuerverordnung eine Sonderbehandlung vor. Die neue Verordnung bestimmt lediglich, daß solche Einnahmen dem Lohnzahlungszeitraum zuzurechnen sind, in denen sie gezahlt werden. Wie bei der Krisenlohnsteuer, so wird auch bei der jetzt verordneten Abgabe deren Betrag bei Berechnung des Einkommens nicht abgezogen, auf die Einkommensteuer auch nicht angerechnet. Das bedeutet indirekt eine Erhöhung der Einkommensteuer.

## Protest.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen, darunter auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, veröffentlichten zur Notverordnung folgende gemeinsame Erklärung:

„Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände stellen einmütig fest, daß die in der Notverordnung enthaltenen Abbaumaßnahmen und Neubelastungen die schlimmsten Befürchtungen, die die gesamte deutsche Arbeiterschaft auf Grund der programmatischen Erklärung der Reichsregierung hegen mußte, weit über treffen.“

Damit habe sie den Kampf aufgenommen gegen die sozialen Einrichtungen des Staates, den sie als „soziale Wohlfahrtsanstalt“ bezeichnet hat. Dieser Angriff muß von den Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten als eine Herausforderung empfunden und mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Die unter größten Opfern der Arbeit aufgebauten sozialen Versicherungseinrichtungen sind in ihren Grundlagen bedroht. Die Arbeitslosenversicherung ist praktisch beseitigt. Die Arbeitslosen werden rücksichtslos der „Armenpflege“ überlassen. Die steuerlichen Neubelastungen sind vornehmlich den leistungsschwachen Schichten auferlegt.

Kein Arbeitsbeschaffungsplan, auch sonst kein aufbauender, in die Zukunft weisender Gedanke, der eine Besserung der furchtbaren Wirtschaftslage und ein Ende der immer fortschreitenden Verelendung des Volkes erhoffen läßt, ist zu erkennen. Die Gewerkschaften wissen, daß die Not der Zeit Opfer fordert. Aber sie verlangen im Geist wahrer Volksgemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unvermeidbarer Lasten.

Ein Staat, der sich in erster Linie zum Schutze des Besitzes bereithält, verkennt seine vornehmste soziale Aufgabe. Die Gewerkschaften appellieren an alle Kräfte in Staat und Volk, denen die Einheit des Volkes und das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt, sich mit ihnen in der Bekämpfung dieser sozialen Unrechte zu vereinen. Sie sind entschlossen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den breiten Massen des Volkes wieder einen Lebensraum zu verschaffen, der die unerlässliche Voraussetzung für die Gesundung von Wirtschaft und Staat ist.“

## Rundschau.

**Kongreß der christlichen Gewerkschaften.** Das Zentralblatt vom 15. Juni enthält die Einberufung und Einladung zum 13. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Die Tagung findet am 18. September und folgende Tage dieses Jahres in Düsseldorf statt.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 26. Juni bis 2. Juli 1932 ist der 27. Wochenbeitrag fällig.

Die Tagesordnung wird später veröffentlicht. Anträge zum Kongreß müssen bei der Hauptgeschäftsstelle des Gesamtverbandes in Berlin bis zum 7. August eingereicht sein. Im Hinblick auf die gegenwärtige Zeitlage kommt diesem Kongreß besondere Bedeutung zu.

### Berichte aus den Zahlstellen.

Zur Bezirkskonferenz im Sauerlande hatten sich die Zahlstellenvertreter des Sauerländischen Verbandsbezirkes im katholischen Gesellenhause in Neheim zusammengefunden. Kollege Wellage wies auf den Ernst der Stunde hin. Unter dem frischen Eindruck des von machtlüsternden Interessenpolitikern erfolgten Sturzes der Regierung Brüning muß Klarheit herrschen über Weg und Ziel unserer Bewegung. Dieses Kabinett ist gestürzt wegen der vom Reichsarbeitsminister Stegerwald vorbereiteten Maßnahmen auf dem Gebiete des Siedlungswesens und weil der Reichskanzler und der Reichsarbeitsminister nicht gewillt waren, den Forderungen der Großagrarien und der Schwerindustrie auf sozialpolitischem und arbeitsrechtlichem Gebiete Rechnung zu tragen. Damit alle wissen, wes Geistes Kind der neue Kanzler ist, sei daran erinnert, daß Herr v. Papen im Oktober 1931 auf der Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins in Dülmen folgende Forderung aufstellte: Abkehr vom Kollektivismus, Aufhebung der Tarifverträge, ein neues Versicherungswesen, das den individuellen Bedürfnissen der Unternehmer Rechnung trägt.

Die Ereignisse der letzten Tage haben mit zwingender Deutlichkeit dargetan, daß wir alle ohne Ausnahme mit verstärkten Kräften an der weiteren Ausbreitung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung arbeiten müssen, wenn nicht die Arbeiterschaft wieder in das alte Hörigkeitsverhältnis der Vorkriegszeit zurückgeworfen werden soll.

Kollege Kutscheidt (Bochum) gab einen eingehenden Bericht über den Stand unseres Verbandes unter besonderer Berücksichtigung des Gaus Bochum, im zweiten Teile seines Vortrages behandelte er den Stand der Lohn- und Tarifverhandlungen für die verschiedenen Berufsgruppen. Im einzelnen wurden die einzuschlagenden Wege angegeben, um Ordnung auf dem Gebiete des Vertragswesens zu schaffen.

Der zweite Verbandsvorsitzende, Kollege Schick (Köln), überbrachte die Grüße des Zentralvorstandes und verstand es, in der ihm eigenen fesselnden Art den Kollegen zu zeigen, wie nur durch eigene Kraftentfaltung die Lage des Arbeiterstandes durch unsere Organisation gebessert werden kann. Wenn heute manche Kreise davon reden, die Gewerkschaften wären schwach, dann bewies der Redner, daß die vorsichtige Finanzgebarung unserer Verbandsleitung, verbunden mit den rechtzeitig getroffenen Sparmaßnahmen, die beste Gewähr für eine gute Vertretung der Interessen unserer Mitglieder bietet. Die Erfolge unserer mehr als dreißigjährigen Arbeit zeigte Kollege Schick den Konferenzteilnehmern in anschaulicher Weise. Jetzt komme es darauf an, daß wir in allen Zahlstellen auch die Jugend für die Mitarbeit im Verbands schulen und heranziehen. Dann werden wir auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten meistern.

In der sehr lebhaften Aussprache wurde von allen Diskussionsrednern betont, daß wir eine Kampforganisation sind und bleiben müssen, daß aber auch alle Delegierten sich für die weitere Ausbreitung und innere Erstärkung unseres Verbandes einsetzen wollen. Besonders stark betont wurde die Notwendigkeit der Schulungsarbeit und die gewerkschaftliche Kleinarbeit. Von einzelnen Vertretern wurde hervorgehoben, daß schon die Bezirkskonferenz 1929 in Meschede einen Beschluß gefaßt hatte, in dem der Zentralvorstand ersucht wurde, die übersteigerten Unterstützungen zu kürzen. Im Schlußwort konnte der Bezirksleiter feststellen, daß kein einziger Delegierter Kritik an den Maßnahmen der Verbandsleitung geübt hätte. Alle Kollegen hätten erfreulicherweise bekundet, daß sie jetzt erst recht in ihren Zahlstellen alles tun wollen, um den Verband vorwärts zu bringen, daß man besonders der Gewinnung und Be-

treuung der Jugend besondere Aufmerksamkeit schenken wolle und daß sich alle bereit erklärt hätten, auch die Kleinarbeit intensiv aufzunehmen. Trotz mancher Schwierigkeiten zeigte die Konferenz, daß die führenden Kollegen in den Zahlstellen den Mitgliedern ein Beispiel treuer Pflichterfüllung geben wollen. Wird im ganzen Bezirke im Geiste der Konferenz gearbeitet, dann ist uns der Erfolg sicher.

**Langenberg.** Einmütigkeit in der Abwehr ungerechtfertigter Lohnsenkung zeigte die Belegschaft der Firma Bartels in Langenberg (Westf.). Das die Lohnhöhe regelnde Lohnabkommen für das rheinisch-westfälische Holzgewerbe war am 31. Mai d. J. abgelaufen. Bei den Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnabkommens mit dem Arbeitgeberverband wurde bekannt, daß „nur“ 20 Prozent weiterer Lohnabbau auf der ganzen Linie durchgeführt werden sollte. Die Firma „begnügte“ sich mit „nur“ 12 Rpf. pro Stunde. Durch Anschlag im Betriebe wurde bekanntgegeben, daß die Arbeitsverträge zum 31. Mai gekündigt seien und am 1. Juni zu den verschlechterten Bedingungen fortgesetzt werden könnten.

Geschlossen verließ die über 300 Mann starke Belegschaft den Betrieb, weil sie sich dieser „Lohnregelung“ nicht fügen konnte. Inzwischen fällt der Schlichter in Dortmund einen Schiedspruch, der den Wünschen des Arbeitgeberverbandes weit entgegenkam, aber nach dessen Meinung immer noch untragbar war. Der Schiedspruch wurde dann auch sofort von den Arbeitgebern abgelehnt.

Die Belegschaft der Firma Bartels war sich darüber klar, daß, da schon die vorletzte Reichsregierung die Verbindlichkeitserklärung nur sehr sparsam handhabte, die derzeitige Reichsregierung noch viel weniger Rücksicht auf die Interessen der Arbeiterschaft nehmen würde. Durch mehrmalige Verhandlungen mit der Firma Bartels gelang es, den von der Firma diktierten Abbau um 4 Rpf pro Stunde zu mindern, und zu vereinbaren, daß der Differenzbetrag zwischen der vorläufigen und der endgültigen Regelung nachgezahlt wird.

Unter Berücksichtigung der großen Schwierigkeiten, die sich heute der Durchführung eines erfolgreichen Lohnkampfes entgegenstellen, konnte die Belegschaft es als besonderen Erfolg ihrer Einigkeit buchen, daß sie geschlossen, so wie sie den Betrieb am 1. Juni verließ, die Arbeit wieder aufnahm. Ein hohes Maß gewerkschaftlicher Disziplin hat die Pläne und Anweisungen des Arbeitgeberverbandes zu hindern vermocht. Das Verhalten des Arbeitgeberverbandes aber beweist, wie weit fremd solche „Wirtschaftsführer“ den Notwendigkeiten des Lebens, insbesondere aber der Lohngerechtigkeit, gegenüberstehen. Eine noch größere organisatorische und innere Geschlossenheit in der Arbeiterschaft wird sich auch in Zukunft günstig auswirken.

## Büchermarkt.

**Fenster aus Holz und Metall.** Adolf G. Schneek. Konstruktion und Mauerschnitt. Ein Überblick über das Gesamtgebiet in maßstäblichen Rissen und Schnitten und 145 Photographien. (Die Bauelemente Bd. I.) Quarz. Kartiert 14 RM.

Mit diesem Band beginnt der Verlag neben seinen bekannten Sammlungen „Die Baubücher“ und „Die Bauaufgaben der Gegenwart“ eine neue Bücherreihe „Die Bauelemente“. Sie geht davon aus, daß weder der Studierende noch der Praktiker mit Angaben rasch veraltender Lehrbücher oder ungleichwertiger Industrieprospekte auskommt. Deshalb werden dem Architekten und Bauingenieur, dem Studierenden, dem Bauherrn und der Bauindustrie, dem Schreiner und Baumeister hier in systematischer Folge alle konstruktiven Grundlagen der besten am Markte befindlichen Fenster, Türen, Treppen, Böden, Decken usw. gegeben. Als Lehrbuch scharft das Werk den Blick für die Vorzüge der einzelnen Konstruktionen. Als Nachschlagewerk macht es das Baufach unabhängig von den vielerlei unvollständigen Angaben der Kataloge und Prospekte.

Der soeben erschienene erste Band „Fenster“ zeigt ohne wortreiche Erklärungen Tafel für Tafel in eigens angefertigten maßstäblichen Zeichnungen alle Konstruktionen und Anschlagsarten von Dreh- und Schiebefenstern in Holz und Metall. Die Zeichnungen beziehen sich ebenso wie die photographischen Aufnahmen durchweg auf ganz bestimmt ausgeführte und praktisch erprobte Beispiele. An Hand dieser Unterlagen läßt sich jedes Fenster, auch jede neue Kombination und Abwandlung ohne weiteres genau beurteilen und nach Einarbeitung in den Entwurf in seiner Ausführung nachprüfen. Das Buch entstand ohne jeden Reklameeinfluß, doch sind alle ausführenden Firmen und Architekten sowie die Bauten und

Beschläge angegeben. — Als nächster Band der Reihe wird im Herbst 1932 Band II „Türen in Holz und Metall“ erscheinen. Er wird ebenfalls von Professor Adolf G. Schneek bearbeitet. Julius Hoffmann Verlag, Stuttgart.

**Künstliche Holz Trocknung und Holzlagerung.** Ausgearbeitet von Dipl.-Ing. Franz Kollmann, München. Herausgegeben vom Ausschuss für wirtschaftliche Fertigung (AWF). Umfang 98 Seiten. Din A 5 mit zahlreichen Tabellen. Stückpreis 3,25 RM ausschließlich Versandkosten. Beuth-Verlag GmbH., Berlin S 14.

Der AWF bezeichnet das vorliegende Buch bescheiden als Entwurf, weil es noch nicht vom Ausschuss für Holz Trocknung beraten ist. Wir glauben aber trotzdem, daß der Verfasser und seine Mitarbeiter der Holzindustrie einen guten Dienst geleistet haben. In leicht verständlicher Sprache und für den unmittelbaren Gebrauch im Betrieb gibt das Büchlein zunächst eine Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen der Holz Trocknung, ohne den Leser mit langen Theorien zu belasten. Das Hauptgewicht ist mit Recht auf die Praxis der Holz Trocknung gelegt. Die verschiedenen Arten von Trockenanlagen und die für jede Art zweckmäßige Holzstapelung sind ebenso behandelt wie die Bestimmung der zweckmäßigen Trockenstufen und das Dämpfen. Es werden Regeln gegeben für die Behandlung verschiedener Hölzer, ferner auch für die Prüf- und Meßverfahren zur Überwachung des Trockenbetriebes. Das Buch wird durch Angaben über die Holzlagerung vor und nach der Trocknung ergänzt. Stichworte am Rande des Textes zusammen mit einem Namen- und Sachwortverzeichnis ermöglichen schnelles Zurechtfinden. Wir wünschen dem Buch recht gute Verbreitung sowie rege Mitarbeit der Betriebe durch Mitteilung von Erfahrungen an den Herausgeber.

**Die beiden neuen AWF-Betriebsblätter.** AWF 58: Behandlung im Schärfraum, Stückpreis 35 Rpf. AWF 59: Behandlung in der Sägehalle, Stückpreis 30 Rpf. Preise ausschließlich Versandkosten, Beuth-Verlag GmbH., Berlin S 14, sind dem Werkzeug der Gatterfägen gewidmet, und zwar AWF 58 der Behandlung im Schärfraum, AWF 59 der Behandlung in der Sägehalle. Die grundlegenden Hinweise sind daher beiden Blättern gemeinsam. Blatt 58 behandelt ausführlich den Schliff und den Schrank sowie das Spannen der Gatterfägen, vor allem aber auch die Fehler, die beim Schleifen und an der Schleifmaschine erfahrungsgemäß auftreten können. Auch das Stauchen der Zähne, das Stanzen der Blätter sowie die Beileistung sind nicht vergessen. Blatt 59 hingegen geht auf die Wahl der Blattstärke und auf den Schnittverlust ausführlicher ein, vor allem aber auch auf die Ursachen schlechten Schnittes. Das Einhängen der Blätter, der Schrank und das Spannen sind ebenfalls so weit behandelt, wie es der Mann am Gatter braucht. Sorgfältige Beachtung der Richtlinien in diesen beiden Blättern wird sicherlich zur Verbesserung der Gatterleistung beitragen.

**Heraus aus der Wirtschaftsnot! Der Techniker zur Arbeitslosigkeit, Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsgestaltung.** Herausgeber: Verband Deutscher Techniker, Essen. Preis: 50 Rpf.

Es ist bestimmt ein Buch, das in mehr als einer Beziehung neuartig und interessant ist. Die Berufsorganisation der deutschen Techniker nimmt Stellung zur Wirtschaftsnot. Das kann nur heißen, daß sich der soziale Techniker mit der technisch-wirtschaftlichen Problematik der heutigen Zeit auseinandersetzt. Neben der politischen Not ist es doch immer wieder die Beziehung Mensch zur Maschine, die sich in den Vordergrund drängt. Gerade zu dieser Frage nimmt das Buch offene, rückhaltlos deutliche, ja, zum Teil überraschende Stellung. Diese Stellungnahme ist eingefügt in ein ausgezeichnetes Gesamtbild der heutigen Wirtschaft. Ausschlaggebend bedeutungsvolle Einzelgebiete, wie Bodenwirtschaft, Energiewirtschaft, Bauwirtschaft und Export, erfahren mit praktischen Vorschlägen durchsetzte kritische Beleuchtung. Keine Patentlösungen, dafür sorgfältig durchdachte Anregungen zeichnen diese Schrift aus. Ein besonderer Vorzug ist das reichhaltige Zahlenmaterial. Nicht nur den technisch interessierten Kreisen, diesen aber besonders bringt das Buch eine Fülle des Nachdenklichen; überhaupt sollte es jeder „politische“ Mensch lesen.

## Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.  
E. Bitter, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die viergeisp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 515 43. — Redaktionschluss im Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich angeheftet. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von RM. 1,— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.